

<p style="text-align: center;"><b>Ergebnisprotokoll der 15. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 11.10.2012</b></p>
--

Beginn: 15.45 Uhr

Ende: 18.05 Uhr

**Anwesende: I      Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Golasowski  
Frau Staatsrätin Friderich

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Schmitz  
Herr Gottschalk  
Herr Sulimma  
Herr Hamann in Vertretung für Frau  
Kennard  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Frau Neumeyer  
Herr Imhoff  
Herr Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe  
Herr Werner  
Frau Dr. Schaefer

**Die Linke**

Herr Arndt

**II      *Verwaltung***

Herr Dr. Sünemann	Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Frau Zimmermann	
Frau Kleemann	
Herr Lübbling von Gärtner	
Herr Eickhoff	
Frau Kamp	
Herr Donaubauer	
Frau Urban	
Frau Rüpke	
Herr Viering	
Frau Schemmel	
Herr Weiss	
Herr Imholze	
Herr Kurz	
Herr Schneider	
Frau Riesner-Kabus	
Herr Just	
Herr Schreve	
Frau Nanninga	
Herr Dr. Kumpfer	
Frau Pieper	ASV
Herr Horstmann	

**III     *Gäste***

Herr Eisenberg	Vorstandssprecher BSAG
Emil Gerke	Stellvertr. Beiratssprecher Neustadt / Woltmershausen

**IV     *Gastdeputierte***

Frau Dr. Schierenbeck	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Saffe	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Hipp	CDU

**Herr Senator Dr. Lohse** begrüßt die Mitglieder und Gäste der 15. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

<b>TOP 1</b>	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
--------------	-------------------------------------	--

**TOP 15 b) Vorgezogener Gleisersatzbau zwischen Kirchbachstraße und Marcusallee -offene Fragen zur Vorlage 18/171-**wird zurückgezogen

Die Vorlage zu **TOP 13 Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 nach Mittelshuchting und der Straßenbahnlinie 8 nach Stuhr / Weye - Ergebnisse der Bürgerbeteiligung und weiteres Vorgehen** liegt als Tischvorlage vor.

Da der von Herrn Hamann gewünschte Bericht in Ergänzung zu **TOP 11** nur mündlich erfolgt, erhält er vorab einen Protokollauszug zu diesem TOP.

Die Vorlage zu **TOP 15a Sachstand zum Abriss der Kaisenhäuser** liegt als Tischvorlage vor.

Ein neuer **TOP 15i Errichtung und Betrieb einer Biogasanlage** wird als Tischvorlage vorgelegt.

Die **TOPs 15 f und g** werden zu Beginn von TOP 15 behandelt.

**Herr Imhoff** beschwert sich über die Kurzfristigkeit der Tischvorlagen.

Beschluss:  
*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

*Einstimmig*

<b>TOP 2</b>	<b>Genehmigung des Protokolls 18/15 vom 06.09.2012</b>	
--------------	--	--

Beschluss:  
*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.*

*Einstimmig*

<b>TOP 3</b>	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
--------------	---	-----

Beschluss:  
*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

*Einstimmig.*

<b>TOP 4</b>	<b>3. Fortschrittsbericht – Einzelhandelsentwicklung in der Bremer Innenstadt</b>	Vorlage 18/33
--------------	---	------------------

**Herr Werner** stellt fest, dass der Bericht bereits veraltete Fakten enthalte. Er bittet dazu um einen Bericht zur nächsten Sitzung zum Sachstand der Ankaufsverhandlungen zum Lloydhof/Ansgarigelände. Eine erforderliche Beschlussvorlage für die Deputation sollte rechtzeitig vorgelegt werden.

**Herr Arndt** möchte sicher gestellt haben, dass die Stadt hier nicht möglicherweise einen Ankauf tätigt, dessen Kosten nicht wieder kompensiert werden können.

**Herr Golasowski** erklärt, dass eine Senatsbefassung dazu am 16.10.2012 vorgesehen sei. Es läge ein Ertragswertgutachten zum Brill-Parkhaus vor, sowie eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu einem möglichen Ankauf

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den 3. Fortschrittsbericht zur Einzelhandelsentwicklung in der Bremer Innenstadt zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie erwartet einen 4. Fortschrittsbericht im 1. Quartal 2013.

*Einstimmig*

<b>TOP 5</b>	<b>Bebauungsplan 2399 für ein Gebiet in Bremen – Walle, Ortsteil Überseestadt zwischen Hansator, An der Reeperbahn und Auf der Muggenburg</b>  <b>- Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung, - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie</b>  -FB 01-	Vorlage 18/174
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfs 2399 für ein Gebiet in Bremen – Walle, Ortsteil Überseestadt zwischen Hansator, An der Reeperbahn und Auf der Muggenburg (Bearbeitungsstand: 01.09.2012) abgesehen wird.“
2. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplans 2399 für ein Gebiet in Bremen – Walle, Ortsteil Überseestadt zwischen Hansator, An der Reeperbahn und Auf der Muggenburg (Bearbeitungsstand: 01.09.2012).“

*Einstimmig*

<b>TOP 6</b>	<b>Bebauungsplan 2418 für ein Gebiet in Bremen-Niedervieland an der Ludwig-Erhard-Straße und der Senator-Harmssen- Straße</b>  <b>- Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadt- entwicklung und Energie</b>  -FB 01-	Vorlage 18/175
--------------	--	-------------------

Beschluss:

1. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes 2418 für ein Gebiet in Bremen-Niedervieland an der Ludwig-Erhard-Straße und der Senator-Harmssen-Straße (Bearbeitungsstand: 11.07.2012) abgesehen wird.“
2. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2418 für ein Gebiet in Bremen-Niedervieland an der Ludwig-Erhard-Straße und der Senator-Harmssen-Straße (Bearbeitungsstand: 11.07.2012).“

*Einstimmig*

<b>TOP 7</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 83 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Modellvorhabens zum Wohnen und Arbeiten des Vereins "Blaue Karawane Bremen e.V." in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt (BlauHaus)</b>  <b>- Planaufstellungsbeschluss - Öffentliche Auslegung</b>  -FB 01-	Vorlage 18/176
--------------	--	-------------------

Beschluss:

1. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für den Geltungsbereich des öffentlich auszulegenden Planentwurfes ein Vorhaben- und Erschließungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).“
2. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Vorhaben- und Erschließungsplanes 83 für die Errichtung eines Modellvorhabens zum Wohnen und Arbeiten des Vereins Blaue Karawane Bremen e.V. in Bremen-Überseestadt (BlauHaus) (Bearbeitungsstand: 07.09.2012) einschließlich Begründung zu.“

3. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Vorhaben- und Erschließungsplanes 83 für die Errichtung eines Modellvorhabens zum Wohnen und Arbeiten des Vereins "Blaue Karawane Bremen e.V." in Bremen-Überseestadt (BlauHaus) (Bearbeitungsstand: 07.09.2012) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.“

*Einstimmig*

<b>TOP 8</b>	<b>Bebauungsplan 2153 für ein Gebiet in Bremen - Nordvieland zwischen Senator- Apelt-Straße (einschließlich), Vorfluter, Senator-Blase- Straße und der Baggergutdeponie</b>  <b>- öffentliche Auslegung</b> -FB 01-	Vorlage 18/177
--------------	--	-------------------

**Frau Dr. Schaefer** möchte wissen, warum die Kompensationsmaßnahmen in der Drepte – und Eyterniederung in Niedersachsen erfolgen sollen und ob es in Bremen keine geeigneten Kompensationsflächen gäbe. Zukünftig sollte es möglich sein, dass Kompensationsmaßnahmen zumindest anteilig im Land Bremen erfolgen.

**Herr Imhoff** unterstützt die Frage von Frau Dr. Schaefer und weist auf den Handlungsleitfaden zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen hin, wonach der Ausgleich direkt vor Ort erfolgen sollte. Nur wenn dies nicht möglich sei, könnten die Maßnahmen an anderer Stelle erfolgen.

**Frau Riesner-Kabus** erklärt dazu, dass es sich hier um einen Planaufstellungsbeschluss aus dem Jahr 1997 handele. Die Planung zum Gewerbegebiet Nordvieland erfolgte gemeinsam mit dem bereits beschlossenen BPlan 2036.

Die in Anspruch genommenen bzw. beplanten Flächen seien ökologisch sehr hochwertig und hätten daher auch einen besonderen Kompensationsbedarf. Aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit war damals ein Gutachter mit einem Konzept über die Ausgleichsmaßnahmen beauftragt worden. Die beteiligten Ressorts hätten die Umsetzung dieses Konzepts mit dem GNUU vereinbart.

Die Kompensationsmaßnahmen für den BPlan 2036 erfolgten auf einer Fläche von insgesamt 65 ha in Nordvieland, Brokhuchting und im Werderland.

Für den BPlan 2153 war es vereinbart, 90 ha für Kompensationsmaßnahmen in der Ochtumniederung zu suchen. Diese Flächen standen nun nicht zur Verfügung.

Aus ökologischer Sicht sei es sinnvoll, Maßnahmen von bremenports in der Drepteniederung mit weiteren Maßnahmen zu ergänzen.

In den letzten Jahren wurde mit den niedersächsischen Umlandgemeinden ein großräumiges Kompensationskonzept aufgestellt, in dem Suchräume benannt wurden, in denen auch Bremen Kompensationsmaßnahmen realisieren könne.

Die Kompensationsmaßnahmen für den BPlan 2153 würden nun auf ca. 4 ha in der Eyterniederung, ca. 75 ha in der Drepteniederung und auf ca. 11 ha im Blockland erfolgen.

Grundsätzlich sollten Kompensationsmaßnahmen in Niedersachsen eine Ausnahme bleiben und wenn möglich in Bremen erfolgen.

Auf **Nachfrage von Herrn Imhoff** berichtet sie, dass die Ausgleichsmaßnahmen für den Bauabschnitt 4 der A 281 - Weserquerung- im Blockland, Brokhuchting, Lemwerder, Berne und nahe der Landesgrenze in Nordvieland erfolgen sollen.

**Frau Dr. Schaefer** möchte die Frage, wo es in Bremen und Bremerhaven noch Potenzial für Ausgleichsflächen gibt noch einmal zukünftig in der Deputation diskutieren.

**Herr Arndt** schließt sich diesem Wunsch an. Er äußert Unverständnis darüber, warum es nicht möglich sein sollte, Ausgleichsflächen in Seehausen direkt vor Ort dort zu finden, wo die ökologischen Schäden durch den Autobahnbau auch entstehen.

Ausgleichsflächen für die immer noch im Gewerbeentwicklungsplan vorgesehene geplante Bebauung der Marschengebiete seien noch nicht gefunden.

Er verweist auf das Protokoll der Einwohnerversammlung, wonach sich Anwohner über den vermehrten LKW-Verkehr in den Wohnstraßen, verursacht durch das Gewerbegebiet Nieder- vieland, beschwerten und bittet, hier für Abhilfe zu sorgen.

**Frau Staatsrätin Friderich** betont, dass es dem Ressort ein großes Anliegen sei, Ausgleichsflächen innerhalb Bremens zu finden. Dazu habe die haneg Flächen in Bremen zusammengestellt, die für Kompensationsmaßnahmen genutzt werden könnten. Diese Zusammenstellung könne sie auch der Deputation vorstellen.

Der stellvertretende Beiratssprecher Woltmershausen, **Herr Gerke** berichtet, dass die LKW-Mautvermeidungsverkehre über die Hermann-Ritter- Straße ein großes Problem in Woltmershausen seien. Er befürchtet, dass der Verkehr durch die Planungen des BPlan 2153 zunehmen wird.

**Herr Just** erklärt, dass parallel zum Verkehrsentwicklungsplan das LKW-Führungsnetz angepasst werden sollte. Es sei geplant, den fraglichen Straßenzug Simon- Bolivar- Straße / Hermann- Ritter – Straße aus dem LKW-Führungsnetz herauszunehmen.

Er weist ergänzend darauf hin, dass die Mautpflicht nur für LKW über 12 t gilt.

*Beschluss:*

1. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der dem Planaufstellungsbeschluss vom 22. August 1996 zum Bebauungsplan 2153 zugrunde liegende Geltungsbereich auf den der öffentlichen Auslegung des Planentwurfes (Bearbeitungsstand: 21.09.2012) zugrunde liegenden Geltungsbereich angepasst wird.“
2. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2153 für ein Gebiet in Bremen-Niedervieland zwischen Senator-Apelt-Straße (einschließlich), Vorfluter, Senator-Blase-Straße und der Baggergutdeponie (Bearbeitungsstand: 21.09.2012) einschließlich Begründung zu.“
3. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 2153 für ein Gebiet in Bremen-Niedervieland zwischen Senator-Apelt-Straße (einschließlich), Vorfluter, Senator-Blase-Straße und der Baggergutdeponie (Bearbeitungsstand: 21.09.2012) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.“

*Einstimmig*

<b>TOP 9</b>	<b>161. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen - Vegesack für das Grundstück Vegesacker Bahnhofplatz 1A – 2A (Flurstücke 411/3, 717, Vegesack Flur 3)</b> -BBN-	Vorlage 18/178
--------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem 161. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen - Vegesack für das Grundstück Vegesacker Bahnhofplatz 1A – 2A (Flurstücke 411/3, 717, Vegesack Flur 3) zu.

*Einstimmig*

<b>TOP 10</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 55 (mit Vorhabenplan 55) zum Vorhaben „Bahnhof Blumenthal“ für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen</b> - Bahntrasse Farge – Vegesack - Gewerbegleis „Zur Westpier“ - Landrat-Christians-Straße - und Busbahnhof „Ständer“ (Planaufstellungsbeschluss) -BBN-	Vorlage 18/179
---------------	---	-------------------

**Frau Neumeyer** begrüßt das Vorhaben, insbesondere die Schaffung eines Angebots zum betreuten Wohnen und die künftig verbesserte Anbindung des Haus Blumental.

Beschluss:

1. Die Deputation für Bau und Verkehr fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen – Blumenthal im Bereich zwischen Bahntrasse Farge - Vegesack, Landrat-Christians-Strasse und Busbahnhof „Ständer“ ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 55 - mit Vorhabenplan 55). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 55 (mit Vorhabenplan 55) für ein Gebiet in Bremen – Blumenthal im Bereich zwischen Bahntrasse Farge – Vegesack, Landrat-Christians-Straße und Busbahnhof „Ständer“ im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll.

*Einstimmig*

<b>TOP 11</b>	<b>Umbau der Hartwigstraße Änderung der Planung -ASV-</b>	Vorlage 18/180
---------------	---	-------------------

**Herr Pohlmann** bittet im Zusammenhang mit einem Petitionsverfahren im Namen der AnwohnerInnen und Geschäftsleute darum, die Straße nicht komplett, sondern abschnittsweise zu sperren. Dadurch könne die Erreichbarkeit der Geschäfte während der Bauphase deutlich verbessert werden.

Diese Prüfbitte wird durch das ASV an hanseWasser weitergegeben, die zuerst mit der Bautätigkeit beginnen werden.

**Herr Saxe** bittet darum, auch nach Abschluss der Baumaßnahmen Tempo 30 in der Hartwigstraße beizubehalten.

**Herr Hamann** bemängelt die Taktfrequenz des Schienenersatzverkehrs. Insbesondere für Rollstuhlfahrer seien die Umsteigezeiten am Stern zu knapp bemessen. Er möchte wissen, ob es möglich sei, den ersatzweise eingesetzten Bus bis zum Hauptbahnhof durchfahren zu lassen.

**Herr Just** führt dazu aus, dass der Schienenersatzverkehr zwischen Kulenkampallee und Stern mit einem Bus zu bewältigen sei. Eine Weiterführung bis zum Bahnhof würde ein zusätzliches Fahrzeug erfordern und wäre damit wirtschaftlich für die BSAG nicht zu vertreten. Zudem gäbe es am Hauptbahnhof keine Wendemöglichkeit, so dass der Bus dann bis zur Domsheide verkehren müsste.

Zusätzlich zum Bus verkehren Linientaxis, so dass die Taktfrequenz der der Straßenbahn entspreche.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt der Planungsänderung zu.

*Einstimmig*

<b>TOP 12</b>	<b>Zusammenführung von Lagerplätzen des Amtes für Straßen und Verkehr auf dem Grundstück Senator-Apelt-Straße -ASV-</b>	Vorlage 18/172
---------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der Maßnahme Neubau eines Verwaltungsgebäudes auf dem ASV-Lagerplatz und deren Finanzierung zu und bittet um Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses.

*Einstimmig*

<b>TOP 13</b>	<b>Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 nach Mittelshuchting und der Straßenbahnlinie 8 nach Stuhr / Weye - Ergebnisse der Bürgerbeteiligung und weiteres Vorgehen</b> -5-	Vorlage L/S 18/166
---------------	--	-----------------------

Diskussion siehe Protokoll der Sitzung 18/16 L vom 11.10.2012

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet die Verwaltung, das weitere Verfahren zur Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 nach Mittelshuchting und der Straßenbahnlinie 8 nach Stuhr / Weye auf der Grundlage der Variante 2 in der Untervariante 2.2 zu betreiben und entsprechend geänderte Antragsunterlagen zum Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens zu machen.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stellt zur Ausgestaltung der weiteren Planung fest:
  - a) Im Umfeld der zukünftigen Endhaltestelle der Linie 1 an der „Brüsseler Straße“ ist sicher zu stellen, dass die Wohngebiete nicht durch gebietsfremden Parksuchverkehr von Pendlern belastet werden. Daher ist die Errichtung von Park+Ride-Parkplätzen zu prüfen.
  - b) Die Qualität des Verkehrsflusses im Zuge der Huchtinger Heerstraße an der Wendeschleife der zukünftigen Endhaltestelle der Linie 1 ist in ausreichender Qualität sicher zu stellen, Staus sind zu vermeiden. Sollte die Qualität nicht ausreichend sein, sind Alternativen zu entwickeln, um den Verkehrsfluss zu optimieren. Der Deputation sind die entsprechenden Neuplanungen mit dem Nachweis der verkehrstechnischen Leistungsfähigkeit vorzulegen.
  - c) Die Möglichkeit einer optionalen Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 in beide Richtungen der Huchtinger Heerstraße ist vorzusehen.
  - d) Für den Verlauf der Heinrich-Plett-Allee ist die städtebauliche Integration der Straßenbahn in die gewachsene Siedlungsstruktur und in den Baumbestand gegenüber den Unterlagen des alten Planfeststellungsverfahrens optimiert worden. In der weiteren Konkretisierung der Planung sind die Barrierewirkung der Straßen- und Fahrbahn weiter zu minimieren und die Querungsmöglichkeiten zu optimieren. Die auf den Bürgerforen eingebrachten Vorschläge, insbesondere die Mittellage, sind dabei zu beachten. Weiterhin sind die rechtlichen Aspekte der Eingriffsminimierung durch möglichst geringen Lärm für die Anwohner zu beachten. Der Deputation ist hierzu zeitnah zu berichten.
  - e) Der Fortbestand des Wochenmarktes in Sodenmatt an der Heinrich-Plett-Allee ist mit möglichst unveränderter Fläche während des Baus und auch im Anschluss sicher

- zu stellen.
- f) Im Bereich der BTE-Trasse ist darzustellen, ob hier eine Verlängerung der Eingleisigkeit möglich ist. Der Deputation ist hierzu zeitnah zu berichten.
  - g) Im Bereich der BTE-Trasse ist zu prüfen, inwieweit im Betriebsablauf notwendige akustische Signale so gestaltet werden können, dass die Anwohnerinnen und Anwohner so gering wie möglich belastet werden.
  - h) Die Zuwegungen zu den Haltestellen, insbesondere im Bereich der BTE-Trasse sind möglichst attraktiv, sicher und transparent zu gestalten.
  - i) Die Straßenbahnführung im Abschnitt Roland-Center – Willakedamm ist in ein weiter zu entwickelndes städtebauliches Konzept einzubinden. Dabei soll die Trasse nicht über den Huchtinger Dorfplatz geführt werden. Der Deputation ist hierzu zeitnah zu berichten.
  - j) Für Radfahrer ist entlang der neuen Trassenführung auf Bremer Gebiet die Anlage von Bike + Ride-Plätzen zu untersuchen und im Rahmen der weiteren Planung zu berücksichtigen.
  - k) Das Busnetz ist so zu gestalten, dass in der Kirchhuchtinger Landstraße die Buslinie 58 im 30-min-Takt zwischen Friedhof und Roland-Center verkehrt und dass einzelne Fahrten der Linie 58 zu Schulzeiten über die Endhaltestelle Brüsseler Straße bis zur Haltestelle Flämische Straße hinaus verlängert werden. In Verbindung mit dem DELBUS-Linie 204 ergibt sich damit ein 15-min-Takt. Die Verlängerung der Linie 58 über den Friedhof hinaus bis zur Delfter Straße (Anschluss an die Linie 1) ist zu prüfen. Weitere Optimierungen sind in Abhängigkeit von der Entwicklung des Defizits der BSAG zeitnah vor Umstellung des Liniennetzes zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme zu prüfen. Ziel ist, das Busangebot gegenüber den bisherigen Planungen im Rahmen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bedarfsgerecht zu optimieren.
  - l) Für den Busverkehr in Huchting ist sicher zu stellen, dass die Möglichkeit geschaffen wird, für kurze Fahrten nur das erforderliche Fahrtentgelt für Kurzstrecke auch in den Delbus-Linien zu zahlen. Durch gezielte Kundeninformation soll auf diese neuen Nutzungsmöglichkeiten hingewiesen werden.
  - m) Eine kontinuierliche Einbindung des Beirates und der Bürgerinnen und Bürger in Huchting werden in der weiteren Planung sicher gestellt.
4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der Finanzierung der Planungsmittel zu.

- Einstimmig -

<b>TOP 14</b>	<b>Ziele des Verkehrsentwicklungsplans Bremen</b> -5-	Vorlage 18/182
---------------	--	-------------------

**Herr Senator Lohse** stellt den Zielkatalog als Ergebnis einer ersten Arbeitsphase vor. Diese wurde begleitet durch einen qualitätssichernden Projektbeirat. Mit dem Zielekatalog würden die Interessen der unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen abgebildet. Dieser Katalog bliebe aber ein Arbeitsdokument, das auch im weiteren Verfahren für Ergänzungen offen sei.

**Herr Pohlmann** weist auf die Anlage des ADAC mit den dort formulierten Unterzielen hin, die im Nachgang zum konsensorientierten Prozess im Projektbeirat eingegangen sei. Ebenso wie **Herr Saxe** sieht er zum Teil einen Widerspruch zu den formulierten Zielen, zum Teil fänden sich die Punkte des ADAC aber auch im Zielekatalog wieder. Sie würden aber alle im weiteren Verfahren abgearbeitet werden.

**Herr Strohmann** lobt den bisherigen Prozess und unterstützt den Vorschlag von Herrn Pohlmann hinsichtlich des Umgangs mit den Ergänzungen des ADAC im weiteren Verfahren.

**Herr Arndt** weist auf das Konsensprinzip im Verfahren hin und stellt fest, dass auch die Forderungen des ADAC diesem unterworfen sein werden.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Vorlage zur Kenntnis und stimmt den Zielfeldern und Unterzielen zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Zielfelder und Unterziele bei der weiteren Bearbeitung des VEP zu berücksichtigen und geeignete Indikatoren für die Messung der Zielerreichung zu entwickeln.

*Einstimmig*

<b>TOP 15</b>	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
---------------	--------------------------------	--

<b>TOP 15a)</b>	<b>Sachstand zum Abriss der Kaisenhäuser</b> -FB 01-	<b>BdV schriftlich</b>
-----------------	---	------------------------

**Frau Dr. Schaefer** stellt fest, dass in den letzten zehn Jahren ca. 350 Behelfsheime beseitigt worden wären, während noch ca. 1200 bestünden. Hochgerechnet würde deren Abriss noch ca. 35 Jahre dauern. Sie fordert daher ein Konzept zum weiteren Vorgehen und die Erarbeitung eines detaillierten Kriterienkatalogs inklusive einer Prioritätenliste. Sie bittet darum zu prüfen, inwieweit die Bauordnung in Kleingartengebieten wirklich angemessen und verhältnismäßig umgesetzt werde.

**Herr Pohlmann** führt aus, dass es darum ging, Rechtssicherheit hinsichtlich der Festsetzung von Kleingartengebieten zu schaffen und weist auf den Runden Tisch hin. Er bittet um eine Auflistung der Betroffenen und der Reihenfolge in der die Abrisse erfolgen sollen. Darüber hinaus sei es entscheidend, die Betroffenen und die Vereine vor einem Abriss und zur Abnahme durch die Baubehörde nach einem Abriss zu informieren.

**Herr Strohmann** weist darauf hin, dass auch für die Anwendung der Bauordnung der Gleichbehandlungsgrundsatz gelte.

**Herr Viering** differenziert, dass der Bericht nicht bspw. Dachüberstände behandle, sondern den Abriss der Kaisenhäuser. Viele Bewohner hätten eine Auswohnberechtigung, daher würde sich die Angelegenheit noch sehr lange hinziehen.

Die bewohnten Gebäude würden auf ca. 500 geschätzt. Vordringlich würden die ungenutzten Bauten beseitigt. Die Frage der Reihenfolge sei schwierig. Einige würden bereits aufgrund einer entsprechenden Vereinbarung auf den Abriss seitens der Stadt warten. Beseitigungen aufgrund einer Vereinbarung sollten vorrangig erfolgen – sofern jedoch die entsprechenden Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Andererseits gäbe es die Fallgruppe der Beseitigungsverfügungen mit Vollstreckung und Ersatzvornahme. Hier würden sich die Betroffenen häufig mit allen Mitteln wehren und sich ungerecht behandelt fühlen. Aber auch diese seien in der Liste aufgeführt. Es würde auch aus Kostengründen versucht, Gebäude in räumlicher Nähe mit einem Auftrag zu beseitigen. Bis vor wenigen Jahren war die Sanierung der Gebiete mittels einzelner Verfügungen und anschließender Vollstreckung üblich. Dieses Verfahren sei jedoch sehr zeit- und kostenintensiv.

Er schlägt vor, das Thema in einer anderen Runde detaillierter zu diskutieren.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

*Einstimmig*

<b>TOP 15b)</b>	<b>Vorgezogener Gleisersatzbau zwischen Kirchbachstraße und Marcusallee</b> <b>-offene Fragen zur Vorlage 18/171-</b> <b>-ASV-</b>	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

***-zurückgezogen-***

<b>TOP 15c)</b>	<b>Sanierung des Sebaldsbrücker Tunnels</b> <b>-ASV-</b>	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

**Herr Schmitz** findet den Bericht unbefriedigend. Der Tunnel habe die wichtige Aufgabe, die Verbindung zwischen zwei Stadtteilen darzustellen.

Er stellt fest, dass die abgängigen Fliesen an den Tunnelwänden nicht durch neue ersetzt, sondern die schadhafte Stellen mit Mörtelputz ausgebessert würden.

**Herr Arndt** erinnert daran, dass es geplant gewesen war, die Fliesen zu entfernen und durch Fliesenbruch zu ersetzen. Das Ausbessern nur mit Mörtelputz sei nicht akzeptabel. Der Tunnel sei in einem sehr heruntergekommenen Zustand und würde als Mülleimer und öffentliche Toilette genutzt. Um hier eine Verbesserung der Situation zu erreichen, sei zumindest ein Farbauftrag erforderlich.

**Herr Hipp** zweifelt an, dass die Maßnahmen dazu führen, dass der Tunnel sich nachhaltig von einem Schmutztunnel zu einem Verkehrsbauwerk wandle, das für alle angstfrei und sauber zu nutzen sei. Rein kosmetische Maßnahmen, wie hier geplant, würden nicht lange halten und die Gesamtsituation im Tunnel nicht ändern.

**Herr Senator Lohse** sagt zu, dass Herr Staatsrat Golasowski mit dem ASV zusammen prüfe, ob es Möglichkeiten gäbe, hier nachzubessern.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

*Einstimmig*

<b>TOP 15d)</b>	<b>Immissionsmessungen zur Ermittlung von Staubbiederschlag und Schwebstaub im Einflussbereich des integrierten Hüttenwerkes 2011</b> -22-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

**Frau Dr. Schierenbeck** freut sich, dass aus dem Bericht hervorgeht, dass die Immissionen weniger geworden seien. Sie möchte wissen, welche Maßnahmen zu dieser Verbesserung geführt haben und wie die Prognosen für die nächsten Jahre seien.

**Frau Schemmel** erläutert dazu, dass es im letzten Jahr drei Maßnahmen bei den Stahlwerken gegeben habe, die zu einer Besserung geführt haben. Durch die Absaugung und Nutzung des Konvertergases würde die Bildung der rotbraunen Wolken vermindert. Die Stichlochabsaugung vermindere Staub- und Schwefeldioxid-Wolken. Zusätzlich würde die Hochofensteuerung optimiert. Dadurch komme es zu selteneren Gliederöffnungen, die bisher schwarze Staubwolken verursacht haben. Diese Maßnahmen schlagen sich noch nicht vollständig im Bericht des Jahres 2011 nieder. Das Messprogramm wurde verlängert und es sei eine weitere Verbesserung / Verringerung der Immissionsbelastung zu erwarten.

Auf **Nachfrage von Herrn Imhoff** erläutert sie, dass zur Erfassung der Staubbelastung Behälter aufgestellt würden, die die Staubbiederschläge sammeln. Die Sammelbehälter würden monatlich gewechselt und die darin gesammelte Staubmenge analysiert. Es handele sich dabei um ein zertifiziertes Verfahren.

**Herr Senator Lohse** ergänzt, dass bisher das Konvertergas offen verbrannt wurde und die Nutzung des Konvertergases sich erst in der Umsetzung befinde. Die Konvertergasnutzung substituere den bisherigen Einsatz von Erdgas und sei ein Gewinn im Sinne der Energieeffizienz und der Verminderung von Treibhausgasen. Im weiteren Verlauf des Messprogramms werde sich dies noch deutlicher auswirken.

Beschluss:

Die Deputation für Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt von den Ergebnissen der Immissionsmessungen Kenntnis.

*Einstimmig*

<b>TOP 15e)</b>	<b>Anlieferung von Abfällen aus den Nachbargemeinden auf den Recyclingstationen der Stadtgemeinde Bremen</b> -23-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

*Einstimmig*

TOP 15f)	Sachstand zur Grill-, Müll- und Lärmproblematik am Werdersee see -2-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

**Herr Werner** fragt nach dem Sachstand einer angekündigten Vereinsgründung und der Verstärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Er möchte dazu wissen, in welchem Verhältnis die öffentlichen Aufgaben eines im Bericht erwähnten Ordnungsdienstes bzw. der Stadt zu den privatrechtlich organisierten Tätigkeiten eines Vereins stehen würde.  
Weiter regt er an, die Aufstellung von Grillgeräten gegen Pfand oder Miete zu prüfen.

**Herr Kurz** erläutert, dass die Vereinsgründung noch nicht feststehe. Zwar seien sich alle einig, dass die Probleme im letzten Jahr weniger geworden sind, der Prozess müsse jedoch verstetigt werden. Im April 2013 werde der Runde Tisch erneut einberufen, um das zukünftige Vorgehen abzustimmen. Klar sei, dass kontrolliert werden müsse. Dies wurde bisher von der Polizei übernommen. Wichtig sei es, dass durch Präsenz und Ansprache für Ordnung gesorgt werde. Da die Polizei schon mit anderen Aufgaben ausgelastet sei, kam von Seiten des Runden Tisches die Frage nach einem Ordnungsdienst auf. Ob und wie ein solcher eingerichtet werden könne, sei noch offen.

Ein Verein könne unterstützend und werbend im Sinne des Werdersees als Stadtteilpark tätig werden. Dieser müsse jedoch von privaten Personen getragen werden. Auch diese Frage werde im nächsten Jahr weiter besprochen werden.

Das Fazit sei jedoch insgesamt positiv, es habe viele engagierte Bürgerinnen und Bürger gegeben, die die Aktionen unterstützt hätten.

Die Ergebnisse des Runden Tisches und auch der entwickelte Werdersee- Wegweiser können im Internet angesehen werden unter: [www.runder-tisch-werdersee.de](http://www.runder-tisch-werdersee.de)

Es gäbe in Hamburg fest installierte Grills, die vermietet werden würden. Für Bremen wurde dies bisher nicht in Betracht gezogen, da der Aufwand dafür sehr hoch sei.

Der Rückblick auf das letzte Jahr zeige, dass die Grillplätze am Werdersee gut angenommen worden sind.

Auf **Nachfrage von Herrn Senator Lohse** erklärt er, dass zwar intern sicher weiter über die Vereinsgründung und das künftige Vorgehen gesprochen werden würde. Der Runde Tisch werde jedoch planmäßig erst im April 2013 wieder zusammentreffen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

*Einstimmig*

TOP 15g)	Sachstand Hundesauslaufgebiete in Bremen -30-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

**Herr Werner** hält den Bericht für nicht zielführend. Die Beiräte beklagten, dass es keine klaren Zuständigkeiten innerhalb der Ressorts und Gesellschaften gäbe. Eine Lösung sei nicht in Sicht.

**Herr Imhoff** kritisiert, dass aus dem Bericht nicht erkennbar sei, dass Hunde auf den meisten Grünflächen in Bremen ganzjährig an der Leine geführt werden müssen. Er erwarte mehr Druck seitens des Ressorts um Flächen zu finden.

**Herr Kurz** erläutert, dass die im Anhang aufgeführten Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass es dort andere gesetzliche Regelungen gäbe, wonach Hunde grundsätzlich anzuleinen seien und gleichzeitig aber Ausnahmen davon benannt werden.

In Bremen fehle eine gesetzliche Ermächtigung dazu. Daher sei vorab eine entsprechende Gesetzesvorlage des dafür zuständigen Senators für Inneres und Sport erforderlich. Die ausgewiesenen Flächen in anderen Kommunen hätten in der Regel eine Flächenverwaltung, häufig sei diese privat organisiert.

Auch innerhalb der Beiräte gäbe es Befürworter und Gegner von Hundeauslaufflächen. Dies erschwere bereits in den Beiräten die Einigung, welche Flächen für geeignet gehalten werden. Das Ressort prüfe Flächen, die von den Beiräten benannt werden. Dabei seien auch die Interessen der anderen Nutzer abzuwägen. Es gestalte sich sehr schwierig, öffentliche Flächen zu finden. Daher solle auch auf private Flächen ausgewichen werden.

**Herr Hipp** schlägt vor, dass beispielsweise die Sondervermögen geeignete Flächen benennen sollten.

**Herr Kurz** sagt dazu, dass dies einbezogen wurde und trotzdem bisher keine geeigneten Flächen gefunden wurden.

**Herr Senator Lohse** fasst zusammen, dass eine Gesetzesänderung notwendig sei, die jedoch in anderer Zuständigkeit läge. Er weist darauf hin, dass die Flächen in einem Stadtstaat begrenzt seien. Trotzdem bemühe sich die Verwaltung weiter zusammen mit den Beiräten Flächen zu finden.

**Herr Werner** berichtet von Gewerbeflächen, die im Rahmen einer Zwischennutzung als Hundeauslaufflächen genutzt werden könnten, beispielsweise in der Überseestadt und am alten Güterbahnhof.

Er weist darauf hin, dass es um kleine, umzäunte Bereiche von 100 bis 200 m<sup>2</sup> ginge, in denen Hunde ohne Leine – artgerecht - laufen könnten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand der Hundeauslaufgebiete in Bremen zur Kenntnis.

*Einstimmig*

<b>TOP 15h)</b>	<b>Erfahrungen mit der getrennten Abwassergebühr</b> -3-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

*Einstimmig*

<b>NACH-TRAG TOP 15i)</b>	<b>Errichtung und Betrieb einer Biogasanlage</b> -23-	BdV schriftlich
---------------------------	--	--------------------

**Frau Dr. Schierenbeck** bedankt sich für die kurzfristige Erstellung des Berichtes. Die aktuellen Planungen des BMU zur Deckelung der Vergütung für Strom aus Biomasse zeigten, dass es wichtig sei, die Maßnahmen schnell umzusetzen.

Sie fragt, ob die beiden geplanten Anlagen in gegenseitiger Konkurrenz stehen würden und ob die Überlegungen zur Rekommunalisierung in dieses Konzept passten.

Weiter möchte sie wissen, warum der Biomüll in Bremerhaven nicht auch gesondert gesammelt werde und, ob dies hier vorgeschlagene Verfahren dem Stand der Technik entspräche.

**Herr Gottschalk** möchte sichergestellt wissen, dass von einem solchen Projekt keine Bindungswirkung nach 2018 entstehe, die eine Rekommunalisierung oder Neuvergabe von Konzessionen negativ beeinflussen könnte. Es genüge nicht, vertraglich die Übernahmemöglichkeit der Anlage nach 2018 zu sichern, sondern es müsse gewährleistet sein, dass dies auch wirtschaftlich sinnvoll ist. Die Anlage sei so ausgelegt, dass ein Teil, anfänglich rund 17.000 T, von außerhalb zugeliefert werden müsse. Es müsse gesichert sein, dass auch nach 2018 diese Lieferungen in der benötigten Höhe und in der erforderlichen stofflichen und energetischen Zusammensetzung erfolgen könnten. Weiter müsse ein Verfahren zur Übernahme definiert werden, welches auch zukünftig die Wirtschaftlichkeit gewährleiste.

**Herr Saffe** möchte eine Zulieferung von Mais ausgeschlossen haben.

**Herr Pohlmann** möchte wissen, inwieweit sich die Geruchsbelastung durch den Wegfall der Kompostierung vermindere, wie viel zusätzliche LKW-Fahrten die Anlage nach sich ziehe und ob sich dies im Sinne einer CO<sub>2</sub>-Bilanz rechne.

**Herr Imhoff** fragt, was unter den weiteren Herkunftsbereichen für Grünschnitt zu verstehen sei und ob es Auflagen für extensiv genutzte Grünflächen und Naturschutzflächen hinsichtlich der Verwendung des Schnittgut geben werde. Auch er sieht die Problematik des zunehmenden LKW- Verkehrs durch die geplanten Biogasanlagen. Weiter will er wissen, wer für die Errichtungskosten der Anlagen aufkomme.

**Frau Friderich** führt dazu aus, dass ausschließlich biogene Abfälle verwendet werden sollen und dadurch eine Zufuhr von Mais ausgeschlossen sei. Die über den städtischen Biomüll hinausgehenden Mengen der Fa Nehlsen werden von hier ansässigen Betrieben, den Deichverbänden und aus dem niedersächsischen Umland stammen. Hier sei die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen. Die Kosten für die Anlage trage Nehlsen, und habe daher auch ein Interesse daran, die Anlage wirtschaftlich zu realisieren und zu betreiben. Der UBB werde überwiegend Grünschnitt nutzen. Dadurch entstehe auch keine Konkurrenz zu Nehlsen. Die Wirtschaftlichkeit der Anlage sei noch in der Prüfung.

Die Anlage der Fa Nehlsen solle auf dem vom UBB gepachteten Gelände errichtet werden. Dafür müsse der Pachtvertrag verlängert werden. Daher werden beide Anlagen auch im Betriebsausschuss Thema sein.

Es sei klar, dass kein Präjudiz über die Abfallverwertung für die Zeit nach 2018 geschaffen werde. Die Stadt werde sich im Vertrag alle Optionen offen halten.

Beide Anlagen werden im Trockenfermentationsverfahren laufen. Auch davon werden Geruchsimmissionen ausgehen, diese werden aber deutlich geringer sein als bei der bisherigen Kompostierung der Bioabfälle. Dieser Punkt sei aber ohnehin Bestandteil des immissionsrechtlichen Genehmigungsverfahrens.

Es werde durch die Zulieferung zu weiteren LKW-Fahrten kommen. Die Zufahrt erfolge aber über die Autobahn. Gleichwohl wird auch diese Frage im weiteren Verfahren Berücksichtigung finden. Gleiches gelte für die Frage der CO<sub>2</sub>-Bilanz, die derzeit noch nicht abschließend beantwortet werden könne.

**Frau Kamp** ergänzt, dass die Frage der Entsorgung und Verwertung von Bioabfall im Verantwortungsbereich der Kommunen angesiedelt sei. Daher liege die Entscheidung darüber, ob Bioabfall in Bremerhaven gesammelt werde, bei der Stadt Bremerhaven und könne nicht von Bremen beeinflusst werden. Es bleibt zu hoffen, dass im Rahmen des neuen Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes ab 2015 auch die Stadt Bremerhaven umdenken werde.

**Frau Dr. Schierenbeck** fragt nach der vergaberechtlichen Beurteilung der Verlängerung des Pachtvertrags und möchte wissen, wie die entstehende Wärme genutzt wird.

**Herr Dr. Kumpfer erklärt auf Nachfrage von Frau Dr. Schaefer**, dass die Nehlsen- Anlage gerade dadurch wirtschaftlich zu betreiben sei, weil sie von der Einspeisevergütung des EEG profitiere, das beim Einsatz von biogenen Stoffen max. 5% Fremdstoffe, wie strukturierte Massen erlaube. Dadurch werde die Zufuhr von Mais (=nachwachsende Rohstoffe) ausgeschlossen.

Hinsichtlich des Grünschnitts handelt es sich in dem Bericht lediglich um eine Zusammenstellung der derzeit in Bremen möglichen Herkunftsbereiche.

**Herr Senator Lohse** weist daraufhin, dass die Frage Nutzung der Wärme im weiteren Verfahren geklärt werden müsse. Diese sei sowohl Bestandteil des Genehmigungsverfahrens als auch elementarer Bestandteil der Vergütung nach dem EEG und damit auch der Wirtschaftlichkeit der Anlage.

**Frau Nanninga** sagt zu, dass vergaberechtliche Anforderungen geprüft und eingehalten werden.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht zur Kenntnis.

*Einstimmig*

<b>TOP 16</b>	<b>Verschiedenes</b>	
<b>16a)</b>	<b>Herr Pohlmann bittet um einen mündlichen Sachstandsbericht zu den Ausnahmegenehmigungen für Groß- und Schwertransporte</b>	

**Herr Senator Lohse** berichtet, dass er bereits gestern dem Geschäftsführer des Landesverband Verkehrsgewerbe zugesagt habe, das Problem schnellstmöglich zu beheben.

Die Antragszahlen seien in der letzten Zeit stark angestiegen. Die in der Presse kursierenden Zahlen über die Rückstände bei den Ausnahmegenehmigungen für Groß- und Schwertransporte seien irreführend. Bei einem durchschnittlichen Antragsseingang von fast 100 Anträgen pro Tag (35.000 pro Jahr) und einer angestrebten Bearbeitungsdauer von 14 Tagen befinden sich bis zu 1400 Anträge in der Bearbeitung. Damit relativiere sich die in der Presse genannte Zahl von über 2000 Anträgen im Rückstand.

Es seien hier Ausfallzeiten durch Krankheit unglücklich zusammengetroffen, so dass ein Personalengpass entstand und es in kurzer Zeit zu dem Rückstand in der Bearbeitung gekommen sei. Als kurzfristige Maßnahme würden nun im Amt für Straßen und Verkehr zwei halbe Stellen intern umgesetzt, so dass das betroffene Referat Verstärkung erhalte. Allerdings sei es nötig, dass die neuen Mitarbeiter eine Zulassung für das bundesweit eingesetzte Computersystem erhalten, die einige Tage in Anspruch nehmen werde.

Bereits vor Wochen habe es dazu eine Verständigung im Senat gegeben, dass eine personelle Verstärkung erforderlich sei. Die Besetzung von zwei zusätzlichen Stellen werde derzeit mit Hochdruck von der Verwaltung vorangetrieben.

Er geht davon aus, dass die Probleme damit behoben werden und künftig wieder eine Bearbeitungsdauer von maximal 14 Tagen gewährleistet werden könne.

16b)	<b>Frau Dr. Schaefer bittet um einen schriftlichen Bericht zu einer der nächsten Sitzungen zu den Boden- und Grundwasserkontaminationen auf dem Gelände des ehemaligen Öltanklagers der Bundeswehr in Farge.</b>	
16c)	<b>Frau Dr. Schaefer und Herr Pohlmann bitten um einen schriftlichen Bericht zu einer der nächsten Sitzungen zum Asbestkataster und den Auswirkungen auf anstehende Sanierungen, insbesondere unter der Fragestellung einer besseren Vernetzung.</b>	
16d)	<b>Herr Saxe wünscht jeweils einen schriftlichen Bericht zur Aufwertung der Münchner Frage unter dem Aspekt, welche Verbesserungen hinsichtlich Gestaltung und verkehrlicher Maßnahmen – auch mit einfachen und kostengünstigen Mitteln- erzielt werden können,</b>	
16e)	<b>Einen Bericht zum Einsatz von Piktogrammen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit insbesondere auch zur Kennzeichnung und besseren Erkennbarkeit von Fahrradstraßen</b>	
16f)	<b>und einen schriftlichen Bericht zur Veranstaltung „StadtRaum“ – Fazit und Ausblick.</b>	

Die Berichte 16b)- 16f) werden zu einer der nächsten Sitzungen schriftlich vorgelegt.

16g)	<b>Herr Schmitz möchte einen mündlichen Bericht zur Umleitung der Linie 25 in der Admiralstraße/ Findorffstraße. Ist es möglich, den Bus trotz der Baumaßnahme baldmöglichst z.B. mittels einer ÖPNV-Ampel wieder in beiden Richtungen durch die Admiralstraße fahren zu lassen?</b>	
------	--	--

**Herr Horstmann** erläutert dazu, dass es durch eine Grundwasserabsenkung aufgrund des Hotelneubaus Ecke Admiralstraße/ Findorffstraße zu einer Absackung von Teilen der Fahrbahn gekommen war, die daraufhin teilweise gesperrt werden musste. Es stehe derzeit nur die Fahrspur in Richtung Stadt zur Verfügung. Daher werde die Buslinie 25 in Richtung Findorff umgeleitet. Voraussichtlich werde sich noch im Oktober herausstellen, wie groß die Schäden im Fahrbahnuntergrund sind und ob die Fahrspur wieder freigegeben werden könne.

**Herr Senator Dr. Lohse** schließt die 15. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll